

THEMA DER AUSGABE:**KROATIEN -****EINE HALBZEITBILANZ**

Zwei Jahre nach dem Tod Tudjmans und der demokratischen Wende ist es ruhig um Kroatien geworden. Der beschwerliche, kaum schlagzeilenträchtige Alltag der grundlegenden Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft hat eingesetzt. Kroatien wird allseits bescheinigt, auf gutem Wege zu sein: „Es hat einen grundsätzlichen Wandel im Herangehen der gegenwärtigen Regierung in den Bereichen Demokratisierung, Respekt für Menschenrechte, auch Minderheitenrechte und Einhaltung der Verpflichtungen der Friedensverträge“ von Dayton und Erdut gegeben, attestiert etwa die EU-Kommission in ihrem ersten Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit Kroatien in diesem Monat.

Mit Siebenmeilenstiefeln hat sich Zagreb aus der Isolation befreit: WTO-Aufnahme, PfP-Mitgliedschaft, Abschluß des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU. Mit beträchtlichem Ehrgeiz und neuem Selbstbewusstsein zielt die Regierung auf einen EU-Beitritt bereits im Jahr 2006 und sucht mit einem detaillierten Implementierungsplan und monatlichen Umsetzungsberichten nicht zuletzt die eigene Ministerialbürokratie auf dieses Ziel zu verpflichten. Europaminister Neven Mimica, zuvor Verhandlungsführer in den SAA- wie den WTO-Verhandlungen, weiß, die Beharrungskräfte in den eigenen Reihen sind noch groß, nicht alle Regierungsstellen haben Anteil an der neuen Dynamik, wie sie das Europaministerium erfasst hat.

Der Gipfel von EU und Balkanstaaten in Zagreb im November 2000 war Ausweis des gewachsenen Prestiges der Republik Kroatien in Europa, auch ihrer gewachsenen Verantwortung in der Region. Inzwischen ist zudem erstmals ein Vertreter der Region Leiter eines Arbeitstisches des Stabilitätspaktes geworden - nicht zufällig ein Kroat, Vla-

dimir Drobnjak, zugleich Botschafter der Republik Kroatien bei der EU. Seitdem sukzessive Altlasten im Verhältnis zu den anderen Staaten der Region abgetragen werden - etwa die Beendigung der verdeckten Unterstützung für die HDZ in der Herzegowina - wächst auch das Vertrauen der Nachbarn. Der kürzliche erste Besuch von Außenminister Svilanovic in Zagreb und der gemeinsame Brief mit Außenminister Picula an den VN-Sicherheitsrat mit der Versicherung, bald Verhandlungen über das gemeinsame Grenzregime aufzunehmen, deutet auf eine beginnende pragmatische Annäherung selbst mit Belgrad hin.

Der Vektor stimmt also. Kroatien wird zunehmend wieder als sicheres Reiseland empfunden. Das Vertrauen der ausländischen Wirtschaft wächst. Die Kräfte der Vergangenheit sind noch da, die Regierung Ivica Racan muss auch immer wieder Rücksicht auf sie nehmen; aber sie dominieren nicht mehr den politischen Kurs des Landes und werden es auch so bald nicht wieder tun, wenn nicht die Koalition der Anti-HDZ-Kräfte aus persönlichem Ehrgeiz das Aufbauprogramm zum Einsturz bringt.

Noch muss sich die Demokratie konsolidieren, die Schwäche des Justizsystems überwunden, die Implementierung der neuen Gesetze auf allen Ebenen, auch abseits der Zentrale, sichergestellt werden. Der Nachholbedarf bleibt immens, selbst wenn Kroatien derzeit als einziges Land des „westlichen Balkan“ entschlossen den Weg nach Europa beschreitet, Slowenien folgend. Doch die Entwicklungen in Mazedonien mahnen zur Vorsicht. Deshalb hat sich auch die OSZE, seit 1996 mit einer Langzeitmission in Kroatien präsent, entschlossen, ihr Mandat nochmals bis zum Jahresende zu verlängern - sehr zum Unmut vieler Kroaten, die dies als Ausweis mangelnden Vertrauens werten.

Doch insbesondere die Rückkehr und Integration der vertriebenen Serben, zu der sich die kroatische Regierung auch im Rahmen eines trilateralen Abkommens der Regionalen Rückkehrinitiative des Stabilitätspaktes letztes Jahr verpflichtet hat, bereitet Probleme. Die OSZE ist hier zum unbehaglichen Mahner geworden. Wie schwer sich das Land tut, die geflohenen Serben wieder als vollberechtigte Bürger ins Land zu lassen, zeigte sich zuletzt, als die Regierung den Entwurf für das neue Gesetz über die Rechte der Minderheiten unvermittelt, nach mehrjähriger intensiver Vorbereitung aus dem Parlament zurückzog - zur großen Enttäuschung der internationalen Gemeinschaft, die über den Europarat maßgeblich an der Formulierung des Gesetzes mitgewirkt hat.

Alles in allem kann die in diesem *SOE-Monitor* versuchte „Halbzeitbilanz“ natürlich keine Vollständigkeit beanspruchen. Sie kann nur in einigen Pinselstrichen Erfolge wie noch bestehende Defizite aufzeigen. Dabei sollen kroatische wie deutsche Kenner der Szene zu Wort kommen. Weitere Literaturempfehlungen finden sich im Text.

Dr. Rafael Biermann, ZEI

INHALT**Neven Mimica:**Zielmarke:
EU-Beitritt im Jahr 2006**Milan Ramljak:**

Deutsch-Kroatische Beziehungen im Lichte der EU-Erweiterung

Christian Buric/**Joachim Eicher:**

Mittelschicht und Management

Thomas Gindele:

Kroatien schafft die Wende

Eva-Katharina Zieschank:

Minderheitenrückkehr in Kroatien

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern ab, die exklusiv für den *SOE-Monitor* geschrieben sind. Wir setzen die Serie mit einem **Beitrag des Europaministers der Republik Kroatien, Neven Mimica, fort.**

Zielmarke: EU-Beitritt im Jahr 2006

Kroatien sieht sich dem europäischen Integrationsprozess verpflichtet und betreibt immer aktiver die Annäherung an die Europäische Union. In den letzten zwei Jahren kulminierten die Beziehungen in der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) am 29. Oktober 2001.



Die SAA enthalten die Elemente der „Europaabkommen“, aber zusätzlich unterstreicht unser Abkommen Stabilisierungsaspekte, politischen Dialog und regionale Kooperation. Das ist sehr verständlich, bedenkt man die Notwendigkeit, politische und ökonomische Stabilität in dieser tragisch wechselhaften Region Südosteuropa herzustellen und zu bewahren. Dem Balkan hat es nie an Ambitionen gefehlt, wohl aber an Realismus. Deshalb ist es notwendig, die richtige Balance zwischen beiden auf dem Balkan heute zu finden, ist die Region doch näher an Europa denn je zuvor. Deshalb ist es mehr als wichtig, auf den Stabilisierungsaspekt des SAA den gleichen Wert zu legen wie auf den Assoziierungsaspekt.

Von Zeit zu Zeit gibt es Missverständnisse darüber, was regionale Politik in der Praxis meint. Von Anfang an haben wir hervorgehoben, dass gutnachbarliche Beziehungen notwendig sind und das natürlichste Verhalten zwischen Staaten ist, die gleiche Grenzen teilen, gleiche fundamentale Werte und gleiche oder doch ähnliche Interessen. Dennoch sehen wir in Kroatien diese Gemeinsamkeit primär als ein Netzwerk bilateraler Beziehungen, die ihre multilaterale Qualität erst dann erreichen, wenn wir alle in der Europäischen Union angefangen sind. Auf dieser Basis sind

wir bereit, unseren Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan zu leisten – und wir haben bereits erste positive Entwicklungen, insbesondere bezogen auf unsere Beziehungen zu Serbien und Montenegro und zu Bosnien und Herzegowina, vorzuweisen.

Es gab Ideen, nach denen die Länder des früheren Jugoslawien minus Slowenien plus Albanien ein gemeinsamer Markt und ein Gebiet ohne Binnengrenzen werden und dann erst als „Paket“ der EU beitreten sollten. Dieses Szenario hat jedoch mit den Realitäten vor Ort wenig zu tun, ebenso wenig wie mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsansatz. Nicht dass die Staaten der Region nicht an guten Beziehungen untereinander interessiert wären oder nicht kooperieren wollten; doch sind ihre Probleme und Transitionspfade sehr unterschiedlich. Aus der Ferne mögen diese Vorschläge sehr einleuchtend sein: ein großer Markt, dieselben Regularien, viele Investitionen, Freihandel, viel Gewinn, ökonomische Entwicklung für jedermann. Doch in der Realität ist diese Vorstellung kaum haltbar: Kroatiens Bruttosozialprodukt entspricht dem Bruttosozialprodukt der anderen vier Länder dieser angenommenen Gruppe zusammengenommen – es wäre kontraproduktiv, wenn nicht gar unmöglich, einen gemeinsamen Markt auf dieser Basis zu errichten. Wir haben eine Linie gezogen zwischen effektiven und ineffektiven Lösungen, zwischen Ambition und Realität, zwischen regionaler Kooperation und dem Versuch, neue Assoziationen auf dem Balkan zu errichten. Für uns verläuft diese Linie zwischen einem Netzwerk bilateraler Abkommen über Freihandel einerseits und einer Wirtschaftsunion andererseits. Die ökonomische oder irgendeine andere Balkanunion ist auf der falschen Seite der Lösungen aus kroatischer Sicht.

Wir denken, die Erfolgsformel sieht anders aus. Es ist viel produktiver und realistischer zu überlegen, wie die Ökonomien Südosteuropas umfassender und schneller in den Markt und in die gemeinsamen Politiken der EU integriert werden können. Eine Weiterentwicklung bilateraler Freihandelsabkommen in ein einziges, multilaterales Abkommen über eine Freihandelszone mag dazu beitragen, wenn alle Staaten Südosteuropas schneller CEFTA-Mitglieder werden. In diesem Fall sollten sie ihre Bereitschaft, liberalisierte, transparente und vorhersagbare Handelspolitiken betreiben zu wollen, dadurch bekunden, dass sie der WTO beitreten. Dieser Vorschlag würde auch langfristige Perspektiven für die CEFTA eröffnen, indem seine Mitgliedschaft in südosteuropäische Richtung verschoben wird zu einer Zeit, wo die meisten der gegenwärtigen Mitglieder EU-Mitglieder werden.

Die Verhandlungen über die Erweiterung der Europäischen Union haben die letzte und sensitivste Phase erreicht. Wir verstehen sehr wohl, dass die EU-Mitglieder in der Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz eine extrem herausfordernde Periode erleben. Das betrifft vor allem die institutionelle Reform und die Reform des Entscheidungsprozesses, die Klärung der Zukunft der Union, die mit der Erweiterungsfrage eng verbunden ist. Die EU steht kurz vor einer großen Erweiterung, die – nach allen derzeitigen Indikatoren – zehn Kandidatenländer im Jahr 2004 betreffen wird. Mit dem Beitritt werden diese Staaten letztendlich ihren Transitionsprozess beenden. Dabei ist es jedoch nicht klar, ob sie ihre Transformation tatsächlich einfach durch diesen Beitritt abschließen, beruht diese doch auf realen Fakten und Ergebnissen.

Unter diesen Umständen ist es für Kroatien von größer Wichtigkeit, dass die EU in der Deklaration unter dänischer Präsidentschaft am Ende der Beitrittsverhandlungen explizit deutlich macht, wie sie die Zukunft des Erweiterungsprozesses sieht und was nicht nur mit jenen Kandidaten geschieht, die nicht der ersten Beitrittsrunde angehören, sondern auch mit jenen, die zweifelsfrei ihre Bereitschaft erwiesen haben, neue EU-Kandidaten zu werden. Kroatiens Ziel und Aufgabe ist es nachzuweisen, dass wir die Fähigkeit haben, auf die anderen Kandidatenländer in der zweiten Beitrittsrunde aufzuschließen. Wir glauben, dass wir am Jahresende 2003 praktisch alle Verpflichtungen des SAA erfüllt haben werden, das uns zur assoziierten Mitgliedschaft führt. Zur gleichen Zeit werden wir beginnen, auf unsere eigene Initiative hin, die Pflichten einer vollen Mitgliedschaft zu übernehmen. Kroatien ist sowohl realistisch als auch ambitioniert, wenn es seinem Wunsch Ausdruck verleiht, ein neuer Kandidat der EU zu werden und am Jahresende 2006 die Vorbereitungen für eine Mitgliedschaft abgeschlossen zu haben. Wir werden nicht nur nachweisen, dass Kroatien die EU „verdient“, sondern auch umgekehrt die EU Kroatien „verdient“.

Kroatien leistet derzeit eine extrem intensive Arbeit auf dem Gebiet der Harmonisierung der eigenen Gesetzgebung mit dem Acquis der EU. Entsprechend dem SAA liegen die Prioritäten auf folgenden Gebieten: freier Wettbewerb, Staatssubventionen, intellektuelles Eigentum und Eigentumsrechte in Industrie und Handel, öffentliche Beschaffungen, Standardisierung und Vermessung, und Käuferschutz. Das SAA sieht eine schrittweise Harmonisierung der kroatischen Gesetze mit den entsprechenden EU-Richtlinien auf

diesen Gebieten vor. Alle künftigen Gesetze müssen in diesen Bereichen mit dem Acquis völlig übereinstimmen. Die Übergangsperiode für die Rechtsangleichung beträgt zwischen drei und fünf Jahren, abhängig vom Sachgebiet, beginnend am Tag, an dem das SAA in Kraft tritt. Die komplette Übergangsperiode, um die Harmonisierung abzuschließen und ein assoziiertes Mitglied zu werden, wird maximal sechs Jahre betragen.

Dennoch sollte unser Ziel, zu den EU-Kandidaten aufzuschließen, auf keinen Fall so verstanden werden, als suche Kroatien einen Ausweg aus seiner Verpflichtung, zur Etablierung einer Region der Kooperation und Stabilität in Südosteuropa beizutragen. Kroatien hat das gleiche Interesse wie die EU, was die Entwicklung einer politisch und wirtschaftlich stabilen Nachbarschaft in diesem Teil Europas anbelangt. Deshalb verstehen wir unsere Rolle diesbezüglich als Voraussetzung unserer assoziierten Mitgliedschaft.

Die Kontakte mit Kollegen von anderen Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) haben gezeigt, dass es eine Angst gibt, die vielleicht nicht so stark verbalisiert wird, jedoch ständig vorhanden ist – die Angst, dass die SAP-Länder angesichts der wirklich umfassenden institutionellen Reformen und des Erweiterungsprozesses der EU ausgelassen und vergessen werden im Hinterhof der EU-Interessen. Das sollte unter allen Umständen vermieden werden. Das Schlimmste, was Kroatien und anderen südosteuropäischen Ländern passieren könnte, wäre nur gute und stabile Nachbarländer der EU langfristig zu bleiben.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist ein wohldurchdachter Prozess, aber er funktioniert bisher nur für Kroatien. Deshalb muss die EU so bald und so explizit wie möglich erklären, dass sie den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit der zweiten Beitrittsrunde verbinden will. Die Botschaft der EU sollte klar sein – es wird eine Erweiterung nach der Erweiterung geben. Die SAA müssen eine Brücke

werden, die den Assoziierungsprozess mit dem Erweiterungsprozess verbindet. Jedes Land Südosteuropas sollte die Möglichkeit erhalten, die Brücke je für sich zu überschreiten, auf der Basis der eigenen Fähigkeit, die europäischen Standards und Kriterien zu erfüllen.

Was entscheidet, sind nur die individuellen Verdienste bei der Herstellung regionaler Stabilität und bei der Implementierung der Verpflichtungen, wie sie aus der assoziierten Mitgliedschaft erwachsen. Die Geschwindigkeit, mit der sich die am weitesten fortgeschrittenen und zuverlässigsten SAP-Partner der EU annähern – und Kroatien kann mit Recht behaupten dazu zu gehören – darf nicht vom langsamsten Mitglied des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses abhängen. Der Grad verfügbarer Ressourcen ist nicht in allen interessierten Ländern gleich. Es wäre unrealistisch und ungerecht, wollte man die zweite Beitrittsrunde erst dann beginnen, wenn alle SAP-Länder die gleichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft geschaffen haben. Dies würde nicht dem Prinzip des individuellen Ansatzes entsprechen, den die EU selbst gewählt hat. Es wäre auch völlig unfair gegenüber jenen Staaten, die in der ersten Beitrittsrunde nicht berücksichtigt werden, ebenso gegenüber Kroatien und seinem anerkannten Grad an Vorbereitung für eine Mitgliedschaft.

Letztlich ist im Rahmen des Erweiterungsprozesses die prioritäre Frage nicht, wie weit die Grenzen der neuen EU reichen und in welchem Tempo sich die Erweiterung vollzieht. Wichtiger wird sein, wie die EU ihre interne Struktur und ihre institutionelle Kapazität so ausrichten kann, dass ein komplikationsloser Erweiterungsprozess möglich ist. Deswegen wird Kroatien mit gleichem Interesse die institutionellen Reformen und die Vertiefung der Union im Rahmen des Konventes verfolgen und daneben seinen eigenen Prozess der Kapazitätsbildung vorantreiben, um europäische Standards und Kriterien sobald möglich erfüllen zu können.

(Übersetzung der Redaktion)

Das SAA mit Kroatien finden Sie unter www.europa.eu.int/comm/external_relations/see/docs/index.htm.

Weitere Informationen unter www.mvp.hr und www.mei.hr.

Deutsch-kroatische Beziehungen im Lichte der EU-Erweiterung

In letzter Zeit vermitteln manche rückblickenden Medienberichte und bilanzziehenden Fachpublikationen den Eindruck, das deutsche Interesse an kroatischen Verhältnissen habe abgenommen und die Berichterstattung deutscher Medien über kroatische Themen merklich nachgelassen. Gleichzeitig scheint sich Kroatien als Reiseziel unter den Deutschen wieder großer Beliebtheit zu erfreuen, und auch der Warenhandel zwischen den beiden Ländern ist nach dreijähriger Talfahrt wieder im Wachsen (von rund 1,93 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 auf rund 2,24 Mrd. im Jahr 2001). Das, was zunächst als Gegensatz erscheinen mag, erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein logischer Zusammenhang: Ein stabiles Land macht keine Schlagzeilen.

Laut Bericht der Europäischen Kommission über den Verlauf des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) in Südosteuropa vom 4. April 2002 hat Kroatien seit Beginn des Prozesses schnelle Fortschritte gemacht. Auch wenn Kroatien weniger als 25 Prozent der gesamten Einwohnerzahl der Region (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Jugoslawien, Kroatien, Makedonien) stellt, nimmt es mit über 50 Prozent am gesamten Außenhandel teil. Sein BIP pro Kopf von 4.530 US-Dollar ist nicht nur das höchste in der Region, sondern liegt deutlich über dem der meisten EU-Beitrittskandidaten (z.B. Polen 4.070; Slowakei 3.770; Estland 3.400; Rumänien 1.470). Demokratische Institutionen und Verfahrensweisen werden nach dem Vorbild der EU erfolgreich ausgebaut bzw. eingeführt, was im Bericht der Kommission auf einen bestimmten Grad von institutio-

neller und administrativer Reife zurückgeführt wird, den Kroatien bereits vor seiner Einbeziehung in den SAP besaß. Gleichzeitig liegt es mit 427,99 Mio. Euro empfangener EU-Unterstützung im Zeitraum 1999 bis 2001 an letzter Stelle unter den fünf Ländern der Region (die erste nimmt Jugoslawien mit 2.372,39 Mio. ein).

Diese Tatsachen erlauben die Schlußfolgerung, dass Kroatien im politischen wie im wirtschaftlichen Sinne auf dem richtigen Weg ist. Dies wurde manchmal angezweifelt, indem gewisse Reserven der kroatischen Regierung gegenüber einigen Formen der regionalen Zusammenarbeit als Versuch einer Abschirmung gegen die östlichen Nachbarländer gedeutet wurden. Diese Reserven galten jedoch nicht der Zusammenarbeit an sich, deren Notwendigkeit und Nützlichkeit sehr wohl eingesehen wird, als vielmehr den objektiven Möglichkeiten der regionalen Partner, das Vorgezeichnete umzusetzen. Man geht also davon aus, dass das Tempo der Annäherung Südosteuropas an die Europäische Union nicht von den Langsamsten diktiert werden sollte.

Es ist anzunehmen, dass es im Interesse aller Beteiligten liegt, den europäischen Integrationsprozess so schnell wie möglich voranzutreiben. Eine schnelle Erweiterung der EU soll und darf freilich nicht auf Kosten der zu erfüllenden Kriterien gehen. Um die Qualität der strukturellen Umwandlungen in den Staaten, die sich um den EU-Beitritt bewerben, zu gewährleisten, ist eine längere Lern- und Anpassungsphase erforderlich. Und gerade darin wird die Zusammenarbeit mit EU-

Mitgliedsstaaten auf bilateraler Ebene ausschlaggebend sein.

Als einer der wichtigsten Partner in fast allen Bereichen nimmt Deutschland in Kroatien eine außenpolitische Sonderstellung ein. Die seit 1991 sich immer weiter entwickelnde Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern war von entscheidender Bedeutung für die heutige politische Landschaft nicht nur in Kroatien, sondern auch in seinen Nachbarstaaten. Zugleich spielt die Unterstützung Deutschlands nach wie vor eine zentrale Rolle in der Annäherung Kroatiens an die EU. Viele Formen der bilateralen Kooperation wurden inzwischen in multilaterale, von der EU geleitete Mechanismen eingebunden, vor allem in den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Eine rein bilaterale Zusammenarbeit kann und soll dadurch nicht ersetzt werden. Möglichkeiten zu ihrer Ausweitung existieren zunächst im Bereich der Wirtschaft, aber auch auf der parlamentarischen Ebene sowie zwischen entsprechenden politischen Parteien und NGOs.

Als *emerging market* ist Kroatien einerseits an direkten Kapitalanlagen aus Deutschland interessiert und andererseits an einer stärkeren Präsenz auf dem deutschen Markt. Neben den in Kroatien vertretenen deutschen Großunternehmen möchte man mehr mittlere und kleine Betriebe zur Zusammenarbeit bewegen, was vom Standpunkt des Technologietransfers und der Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders wichtig erscheint.

Im politischen Bereich ist vor allem der Erfahrungsaustausch zwischen staatlichen Institutionen wichtig. Genauso wie Demokratie nicht vom Lehrstuhl zu predigen ist, kann die Umsetzung demokratischer Prinzipien in die Praxis nicht allein durch das Studium von EU-Richtlinien erfolgen. Der direkte, lebendige Austausch ist viel eher dazu angetan, den Transitionsprozess voranzubringen. Indem sie ihre Praktiken und Denkansätze vermitteln, könnten deutsche Parlamentarier und politische Parteien daher wesentlich zur Einbeziehung ihrer kroatischen Pendanten in den europäischen Integrationsprozess beitragen.

Dr. Milan Ramljak

Botschafter der Republik Kroatien in Deutschland

Ländergruppen	Exporte		Importe	
	01-09.2000	01-09.2001	01-09.2000	01-09.2001
Eu-Mitgliedstaaten	1857	1881	3162	3732
EFTA-Mitgliedstaaten	34	34	124	139
CEFTA-Mitgliedstaaten	451	411	876	1072
andere Europäische Staaten	584	700	614	739
nichteuropäische Staaten	400	397	924	1097
Insgesamt	3326	3423	5700	6779

Quelle: Außenministerium der Republik Kroatien Angaben in Millionen Dollar

Mittelschicht und Management: Zwei Herausforderungen für Kroatien

Schon lange vor dem Tod des Staatsgründers, Präsident Franjo Tudjman, ist in Kroatien die nationale Euphorie der Sorge um die nackte wirtschaftliche Existenz gewichen. Ein Grund für die Wende von 1999/2000 war sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit. Auch die neue Regierung unter Ministerpräsident Ivica Racan hat eingestanden, dass es in den letzten zwei Jahren nicht gelungen ist, dieses Hauptproblem der Wirtschaft zu bewältigen. Noch immer liegt die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt bei 20 Prozent.

Dabei ist viel vorangebracht worden, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik. So ist Kroatien inzwischen Mitglied im NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und in der WTO. Aber nicht nur in den internationalen Beziehungen wurde Entschieden erreicht. 2001 kam es zu einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und der für Kroatien so wichtige Außenhandel stieg um 11 Prozent. Die Inflation konnte gesenkt werden.

Ein wesentliches Problem, das mit der Arbeitslosigkeit verbunden ist, bleibt die Stabilisierung der kroatischen Mittelschicht. Nur einer stabilen Mittelschicht entspringt auch ein unternehmerischer Mittelstand. In der Gesellschaft existiert aber eine sehr tiefe Kluft zwischen reich und arm. Die Wurzeln der Problematik sind noch in der Zeit zu suchen, als Kroatien Teil des kommunistischen Jugoslawien war. Der Selbstverwaltungssozialismus hat sich als ökonomisches Desaster erwiesen. Trotz wirtschaftlicher Freiheiten blieb die Stellung der Partei als wirtschaftliche und politische Leitinstanz unangestastet. Ökonomische Selbstverantwortung und unternehmerisches Denken konnten in dieser Zeit schwerlich ein-

geübt werden. Der allgemeine Wohlstand und die Konsummöglichkeiten waren zum großen Teil Ergebnis falsch eingesetzter Kredite. Diese wurden für den Konsum verwendet und nicht für die Modernisierung der Produktionsstrukturen. Investiert werden konnte auch nicht in den Aufbau von selbstverantwortlichem modernen Management, weil dies zu einem unauflösliehen Konflikt mit dem Bund der Kommunisten geführt hätte.

Heute geht es einem Großteil der kroatischen Mittelschicht schlecht. Viele sind enttäuscht, dass Sie weder alte Kontakte aus der kommunistischen Zeit kapitalisieren konnten noch zu den Kriegsgewinnern oder zu den neuen Business-Leuten gehören. Dafür verantwortlich sind unter anderem die hohen Lebenshaltungskosten, die sich mit den deutschen vergleichen lassen. Demgegenüber liegt das monatliche Durchschnittseinkommen bei 400 EURO. Gemäß der Maslowschen Bedürfnispyramide, nach der zuerst die Existenz gesichert werden muss, bevor materielle und zuletzt kulturelle Bedürfnisse befriedigt werden können, hat die kroatische Gesellschaft - nach politischem Systemwechsel, Krieg und anhaltenden ökonomischen Problemen - den Weg der Normalisierung angetreten. Diese Normalisierung beinhaltet aber auch eine gewisse Entsolidarisierung, dergestalt, dass die vom Krieg verschonten Bewohner wenig Mitgefühl für die vom Krieg betroffenen aufzeigen. Somit geht ein Riss durch die kroatische Gesellschaft: die einen warten ungeduldig auf eine weitere Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit mindestens auf eine Wiederherstellung des Vorkriegsstandards; die anderen, ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung, hofft dagegen auf mehr Rechtssicherheit und Prestige, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können.

An den Nahtstellen dieser sozialen Risse zeigen sich auch die politischen Probleme. In der Tat teilt die Einstellung zum „Heimatkrieg“ von 1991 bis 1995 die heutige kroatische Gesellschaft. Die einen wollen von der Vergangenheit nichts mehr wissen, die anderen

sehen sich als Entrechtete. Zu den letzteren gehören insbesondere viele entlassene Soldaten und Sicherheitskräfte, ehemals Vertriebene und Menschen, die an den einstigen Frontlinien leben. Hier zeigt sich - in Zusammenhang mit der breit diskutierten Frage der Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal - die Problematik einer Nachkriegsgesellschaft. Die neue Regierung hat noch keine Antwort auf die Frage gefunden, wie mit politischer Bildung verstärkt Aufklärungsarbeit in der Mittelschicht gefördert werden kann und die angesprochenen Teilungen gedämpft werden können. Ökonomische Stabilisierung der Mittelschicht und politische Bildungsarbeit müssen hier Hand in Hand gehen.

Ein weiteres Desiderat für die kroatische Wirtschaft ist die Ausbildung eines neuen Managerstandes. Die Verbesserung der Dienstleistungsmentalität ist hierbei in einem Land, für das der Tourismus eine strategische Rolle spielt, besonders wichtig. Managementfähigkeiten sind gerade deswegen wichtig, da im Tourismus große Anstrengungen der Modernisierung und Privatisierung sowie des Umweltschutzes noch auf der Agenda stehen. Auch wenn man in diesem Jahr im Tourismus einen Zuwachs von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwartet, kann Kroatien vom Tourismus alleine nicht blühen. Um sich als umfassende Dienstleistungsgesellschaft aufzustellen, benötigt Kroatien eine wirksame Politik, welche der Abwanderung von Spezialisten und Führungskräften entgegentritt. Ferner muss eine Managerausbildung im Inland gewährleistet sein, die westeuropäischen Lern- und Lehrstandards entspricht. Dies wird eine Neustrukturierung der Ausbildungslandschaft nach sich ziehen sowie eine engere Kooperation mit dem Ausland in punkto Aus- und Weiterbildung.

Dr. Christian Buric, Mitarbeiter eines IT-Dienstleistungsunternehmens, Politikanalyst für Radio Free Europe/ Radio Liberty

Dr. Joachim Eicher, PR-Manager, früher OSZE-Mitarbeiter in Kroatien

Hintergrundinformationen zum Wirtschaftsklima in Kroatien mit Marktanalysen (auch nach Sektoren) und Geschäftskontakten finden Sie bei der Bundesagentur für Außenwirtschaft (www.bfai.de)

Kroatien schafft die Wende

Seit gut zwei Jahren befindet sich die kroatische Wirtschaft wieder auf Stabilitätskurs. Im Jahr 2001 betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über 4 Prozent, der Außenhandel stieg um 11 Prozent und durch eine vernünftige Geldpolitik konnte auch die Inflationsrate wieder unter 5 Prozent gedrückt werden. Die günstigen Zahlen haben sich allerdings nicht nachhaltig auf dem kroatischen Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Arbeitslosenquote beträgt im Landesdurchschnitt noch immer über 20 Prozent und bleibt damit Hauptproblem der kroatischen Wirtschaftspolitik.

Die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit liegen zum einen in den hohen Lohnnebenkosten, die bis über 100 Prozent der Nettolöhne ausmachen, bei einem Netto-Durchschnittseinkommen von monatlich ca. 400 Euro. Zum anderen kommt in Kroatien eine restriktive Arbeitsgesetzgebung zum Tragen, die betriebsbedingte Kündigungen nahezu unmöglich machen. Beide Problembereiche führen dazu, dass aus- und inländische Investoren sich mit beschäftigungswirksamen Maßnahmen zurückhalten und vor allem die Schwarzarbeit floriert. Die amtierende Regierung hat dieses Problem schon längst erkannt, aber ringt noch immer mit den starken kroatischen Gewerkschaften

um vernünftige Lösungen.

Die Privatisierung der ineffizienten Staatsunternehmen kommt ebenfalls nur schleppend voran. Zwar laufen Privatisierungsprozesse heute deutlich transparenter ab, aber aus sozialpolitischen Erwägungen und nationalen Interessen wird die Entstaatlichung von Großprojekten im Bereich der Energiewirtschaft und des Schiffbaus auf die lange Bank geschoben. Deutliche Fortschritte erzielte die kroatische Regierung bei der Modernisierung des Kapital- und Finanzsektors. Vor kurzem wurde die zentrale Geldtransferstelle abgeschafft und damit der Weg für die Einführung eines wettbewerbsfähigen Zahlungsverkehrssystems geebnet. Bis auf wenige Ausnahmen ist der Bankensektor in privater Hand, dominiert von italienischen, österreichischen und deutschen Beteiligungen. Die starke ausländische Präsenz auf dem kroatischen Bankenmarkt brachte zusätzlich das nötige Vertrauen zurück.

Die Zukunft für Kroatien liegt allerdings im deutlichen Bekenntnis zur raschen europäischen Integration und der damit verbundenen wirtschaftlichen Anbindung. Im Frühjahr 2001 unterzeichnete die kroatische Regierung das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Damit ist

Kroatien auf dem besten Wege, ein verlässlicher wirtschaftlicher und politischer Partner Europas zu werden. Kroatiens Aufnahme in die WTO kann ebenfalls als Bestätigung des Richtungswechsels gesehen werden. Darüber hinaus wurden mit zahlreichen Nachbarstaaten Freihandelsabkommen abgeschlossen, was den gesamten Wirtschaftsraum wieder näher zusammenschließen lässt. Die außenwirtschaftspolitischen Erfolge der amtierenden Regierung stellen damit eine wichtige Grundlage für stärkere finanzielle Unterstützung aus dem Ausland dar, ohne die mittelfristig ein solides Wirtschaftswachstum kaum möglich sein wird.

Im Hinblick auf die Bestrebungen der neuen Regierung, die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit Kroatiens als Investitions- und Produktionsstandort zu steigern, kann vor allem das letztes Jahr verabschiedete Investitionsförderungsgesetz erwähnt werden, welches Steuervorteile gewährt und notwendige finanzielle Unterstützung aus dem Ausland im Rahmen sog. Greenfield-Investitionen anziehen soll.

Der beschleunigte Transformationsprozess in Kroatien wirkte sich in den vergangenen zwei Jahren auch positiv auf die deutsch-kroatischen Wirtschaftsbeziehungen



REPUBLIC OF CROATIA
MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
DIPLOMATIC ACADEMY



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

in cooperation with
Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
Friedrich-Naumann-Stiftung
International Center of Croatian Universities

Third Stability Pact Summer School

*"Stabilising South Eastern Europe -
Building Democracy, Strengthening Human and Minority Rights"*
Dubrovnik, Croatia, 15 - 22 September 2002
(for young diplomats from all over the region)

aus. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Umfrage, die das Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Kroatien Anfang des Jahres 2002 unter den in Kroatien ansässigen deutschen Geschäftsniederlassungen und Repräsentanzen durchführte. Über 80 Prozent der in Kroatien niedergelassenen deutschen Unternehmen zogen eine positive Bilanz des vergangenen Geschäftsjahres 2001. Nur 12,9 Prozent der Befragten bezeichneten ihre Geschäftsentwicklung auf dem kroatischen Markt als unverändert und 3,2 Prozent als negativ. Für das Geschäftsjahr 2002 erwartet die deutsche Wirtschaft einen Ausbau ihrer Marktpräsenz in Kroatien. 82,2 Prozent der befragten Unternehmen gehen davon aus, dass sie ihre geschäftlichen Aktivitäten in Kroatien steigern bzw. deutlich erhöhen können. Im Bereich der Handels- und Investitionsrahmenbedingungen für deutsche Unternehmen in Kroatien scheinen sich ebenfalls Erleichterungen abzuzeichnen. Mehr als die Hälfte der antwortenden Unternehmen registrierten in den vergangenen zwölf Monaten eine Verbesserung der Marktzugangsbedingungen.

Das Umfrageergebnis spiegelt sich auch in der offiziellen Handelsstatistik zwischen der Republik Kroatien und der Bundesrepublik Deutschland wider. Von Januar bis November des vergangenen Jahres 2001 stieg das Gesamthandelsvolumen beider Länder um ca. 15 Prozent auf insgesamt 2,06 Mrd. US-Dollar an. Die deutsche Wirtschaft konnte ihre Exporte nach Kroatien in dem genannten Zeitraum um 23 Prozent auf 1,4 Mrd. US-Dollar erhöhen. Deutschland ist damit knapp hinter Italien der zweitgrößte Handelspartner Kroatiens. Die Struktur der deutschen Exportgüter ist dabei unverändert. Kraftfahrzeuge, Maschinen und chemische Erzeugnisse führen die Einfuhrliste an.

Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens wird Kroatien auch verstärkt im Bereich des Umweltschutzes und in die Beseitigung von Umweltschäden investieren müssen. Hier kön-

nen sich für deutsche Anbieter interessante Lieferbeziehungen ergeben, vor allem im Bereich Abwasser und Müllentsorgung. Darüber hinaus wird die kroatische Regierung ihre Investitionen im Bereich der Infrastruktur erhöhen, vor allem im Straßenbau, Energiesektor und Eisenbahnnetz.

Der Wachstumsmotor in Kroatien bleibt die Tourismusbranche. Letztes Jahr verbrachten ca. sieben Millionen Touristen ihren Urlaub an der kroatischen Mittelmeerküste. Für dieses Jahr rechnet man mit einem weiteren Zuwachs von bis zu 30 Prozent. Dem Tourismussektor steht allerdings die Entstaatlichung und Modernisierung noch bevor. Auch hier können sich interessante Kooperationsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft ergeben.

Zum Jahresende 2001 übernahm die Deutsche Wirtschaft den ersten Platz in der Statistik der ausländischer Direktinvestitionen in Kroatien. Kumuliert seit 1993 investierten deutsche Unternehmen ca. 1,7 Mrd. US-Dollar in Kroatien. Sie liegen damit vor Österreich und den Vereinigten Staaten. Dazu trägt in erster Linie die Mehrheitsübernahme der Deutschen Telekom an der Croatia Telekom (HT) bei. Aber auch für den deutschen Mittelstand gewann Kroatien als Investitionsstandort an Attraktivität. So wurden verschiedene Investitionen in den Bereichen Maschinenbau, Nahrungsmittelindustrie, Bauindustrie und im Tourismus im Jahr 2001 erfolgreich realisiert.

Trotz der verbesserten Gesamteinschätzung des Handels- und Investitionsklimas beklagen ausländische Unternehmen, dass sie nach wie vor mit verschiedenen Hindernissen konfrontiert sind. In erster Linie werden die geschäftlichen Aktivitäten durch mangelnde Rechtssicherheit und Probleme bei der Rechtsdurchsetzung beeinträchtigt. Darüber hinaus wünschen sich aus- und inländische Unternehmen Verbesserungen bei den langwierigen und undurchsichtigen Genehmigungsprozeduren und Zulassungsverfahren, die zu-

sätzlich mit häufigen Gesetzesänderungen verbunden sind. Die deutsche Wirtschaft in Kroatien bemängelt vor allem die schwierigen Investitionsrahmenbedingungen in den eher wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten Kroatiens. Dort trifft man oft auf undurchsichtige Beziehungsgeflechte und ein unterschiedliches Rechtsverständnis, was die Realisierung einer Investition in einem akzeptablen Zeitraum sehr erschwert. Probleme im Bereich der Handhabung von Zoll- und Einfuhrbestimmungen haben hingegen an Bedeutung verloren.

Die insgesamt positive Einschätzung der Handels- und Investitionsmöglichkeiten führt auch dazu, dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag beabsichtigt, im nächsten Jahr das Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in eine Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer umzuwandeln. Unter dem Dach des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft wurde im vergangenen Jahr der Verband der Deutsch-Kroatischen Kaufmannschaft gegründet. Dem Verband sind mittlerweile schon knapp 100 renommierte deutsche und kroatische Unternehmen beigetreten. Damit besteht bereits heute eine institutionelle Grundlage für die Errichtung einer bilateralen Handelskammer.

Entscheidenden Einfluss auf die Gründung der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer haben allerdings die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Insbesondere hängt es vom Willen der Regierung der Republik Kroatien ab, auf zwischenstaatlicher Ebene den Status der bilateralen Kammer vertraglich zu definieren, um die rechtliche Grundlage für den Aufbau und die Geschäftstätigkeit der Kammer zu gewährleisten. Damit hätte Kroatien die Chance als erster Land des ehemaligen Jugoslawiens, eine bilaterale deutsche Auslandshandelskammer zu beheimaten.

Thomas Gindele
Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Kroatien

Minderheitenrückkehr in Kroatien: Serben bleiben Bürger zweiter Klasse

Spätestens seit dem Ende des Tudjman-Regimes und dem Regierungswechsel in Kroatien Anfang des Jahres 2001 ist die Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber Kroatien von großem Wohlwollen geprägt. Negativschlagzeilen vermag lediglich noch die gelegentlich als mangelhaft empfundene Kooperation Kroatiens mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auszulösen. Sonst gilt Kroatien inmitten der Unordnung, die auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien nach wie vor vorherrscht, als stabil und insgesamt auf dem richtigen Weg, wenn man von einigen Übergangsproblemen absieht, deren Lösung nur als eine Frage der Zeit angesehen wird.

Dabei wird das Ausmaß mancher dieser „Übergangsprobleme“ häufig unterschätzt. Eines davon ist die Flüchtlingsrückkehr, hier die Rückkehr von Angehörigen der serbischen Minderheit. Je nach Schätzung zwischen 300.000 und 500.000 kroatische Serben sind während des Konfliktes geflohen. Einige schon 1991, die meisten im Frühjahr und Sommer 1995 während und nach der Rückeroberung der Krajina durch das kroatische Militär. Im Jahr sieben nach den beiden Militäroperationen „Bljesak“ (Blitz) und „Oluja“ (Sturm) ist die Rückkehrerbilanz ernüchternd. Zurückgekehrt - und geblieben - sind, selbst bei optimistischen Annahmen, höchstens 20 Prozent der serbischen Flüchtlinge. Zum größten Teil sind die Rückkehrer ältere Menschen, während Jüngere oder Familien mit Kindern in der Minderzahl sind. Die Rückkehr der ethnischen Kroaten, die aus den serbisch besetzten Gebieten geflohen waren, kann hingegen mit einer Rückkehrerquote von rund 80 Prozent als größtenteils abgeschlossen bezeichnet werden.

An der niedrigen Minderheitenrückkehr hat sich auch seit dem Amtsantritt der neuen Regierung wenig geändert - zwar wurden verschiedene Maßnahmen angekündigt und einige bereits auf den Weg gebracht, doch massive Hindernisse bestehen nach wie vor. Diese sind politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und bürokratischer Natur. Am offensichtlichsten manifestieren sie sich in der Wohnraumproblematik. Diese wiederum lässt sich in die Komplexe Ei-

gentumsrückgabe und Wiederaufbau unterteilen. Weitere Hürden sind Probleme beim Erwerb der kroatischen Staatsangehörigkeit, Anerkennung von Dokumenten, die nötig sind, um Renten, Krankenversicherung oder andere Sozialleistungen zu bekommen, die schlechte wirtschaftlichen Situation und damit verbunden die hohe Arbeitslosigkeit in den vom Krieg betroffenen Gebieten und schließlich gelegentliche Anschläge auf Rückkehrer, die eine stark abschreckende Wirkung haben. Wer sich heute per Auto auf den Weg zur kroatischen Adriaküste macht und von Zagreb aus die Hauptverkehrsader Richtung Süden benutzt, mitten durch das Herz der ehemaligen „Republika Srpska Krajina“, dem zeigen sich vielerorts links und rechts der Strasse teilweise bis völlig zerstörte und offenkundig unbewohnbare Häuser. Viele der nur geringfügig beschädigten oder intakten Häuser sind bewohnt, viele allerdings nicht von ihren Eigentümern, sondern von „vorübergehenden Nutzern“, denen die Bleibe, teils mit und teils ohne jegliche gesetzliche Grundlage zugeteilt wurde. Auch staatseigene Mietwohnungen, deren Bewohner im ehemaligen Jugoslawien ein eigentümerähnliches geschütztes Mietrecht hatten und geflüchtet sind, wurden mittlerweile anderen zugewiesen. Die Mietrechte der einstigen Nutzer wurden in mehreren zehntausenden Fällen annulliert, und bis heute gibt es, außer Individualklagen, keinen rechtlich geregelten Weg, sie zurückzubekommen. Zwar sind davon nicht nur ethnische Serben betroffen, doch das rechtlich nach wie vor ungelöste Problem macht vielen Serben die Rückkehr unmöglich.

Nach den beiden Militäroperationen „Blitz“ und „Sturm“ verabschiedete die kroatische Regierung eine Reihe von Gesetzen, die die Nutzung verlassenen Eigentums regelte. Eines davon, das „Gesetz zur vorübergehenden Übernahme und Verwaltung besonderen Eigentums“ aus dem Jahr 1995 stellte „verlassenes“ Privateigentum unter staatliche Verwaltung und erlaubte die Zuweisung vorübergehender Nutzungsrechte an dritte. In der Praxis handelte es sich dabei meist um Häuser von ethnischen Serben, die während der Militäroperationen oder auch schon früher geflohen waren. Diejenigen, die

„vorübergehendes Nutzungsrecht“ erhielten, waren größtenteils ethnische Kroaten, die aus Bosnien, der Vojvodina oder aus Ostslawonien geflüchtet waren. Mehr als 18.000 Häuser wurden auf der Basis dieses Gesetzes zugeteilt. Neben dieser „legalen“ Variante gab es auch Besetzungen ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Das Gesetz wurde 1998 annulliert, nicht aber die Nutzungsrechte, die in vielen Fällen weiterhin bestehen. Ein Teil der zugewiesenen Häuser wurden zudem von ihren rechtmäßigen „vorübergehenden Nutzern“ direkt an andere ohne Nutzungsberechtigung weitergegeben, die daher mittlerweile ebenfalls widerrechtlich besetzt sind.

Bis heute gibt es keinen klaren rechtlichen Mechanismus zur Eigentumsrückgabe, lediglich eine Reihe von widersprüchlichen Regelungen, teils mit, teils ohne Gesetzeskraft, die letztlich die Rechte der „vorübergehenden Nutzer“ (meist ethnische Kroaten) über die Rechte der Eigentümer (meist ethnische Serben) stellen.

Die kroatische Regierung hat angekündigt, bis Ende des Jahres 2002 alles besetzte Wohneigentum seinen rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben und Ende vergangenen Jahres einen entsprechenden „Aktionsplan“ verabschiedet. Allerdings glaubt niemand, der sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt, daran, dass dieser Zeitrahmen realistisch ist. Ironischerweise macht die Eigentumsrückgabe im benachbarten Bosnien seit einiger Zeit weitaus größere Fortschritte - durchgesetzt mit harter Hand des internationalen Protektorats. Mehr als ein Drittel der ehemals besetzten Häuser ist dort wieder in den Händen ihrer rechtmäßigen Eigentümer, bis Ende des Jahres sollen es 50 Prozent sein.

Eines der Schlüsseldokumente zur Eigentumsrückgabe in Kroatien ist das „Programm für Rückkehr“ aus dem Jahr 1998, das jedoch keine Gesetzeskraft hat. Es macht die Rückgabe von Wohneigentum, das unter dem „Gesetz zur vorübergehenden Übernahme“ zugeteilt wurde, in vielen Fällen davon abhängig, dass der „vorübergehende Nutzer“ eine Alternativunterkunft bekommt. Solche Unterkünfte sind jedoch kaum vorhanden. Um ihrem Versprechen, die Eigentumsrückgabe bis Ende

des Jahres abzuschließen, nachzukommen, muss die kroatische Regierung nach eigenen Angaben zwischen 6.000 und 8.000 Alternativunterkünfte zur Verfügung stellen, wofür beträchtliche Mittel notwendig sind. Finanziert werden soll dies im wesentlichen durch Staatsanleihen.

Im vergangenen Jahr führte die Regierung eine Überprüfung allen unter dem Gesetz zugeteilten Wohneigentums durch. Demnach waren Ende des Jahres 2001 rund 10.000 Häuser von „vorübergehenden Nutzern“ besetzt. In rund 1.400 Fällen müssten laut dem „Rückkehrprogramm“ unverzüglich Zwangsräumungen eingeleitet werden, da die augenblicklichen Nutzer entweder nicht über eine Nutzungsberechtigung verfügen oder aber die Regierung ihre Häuser in der Zwischenzeit wiederaufgebaut hat und sie damit automatisch Nutzungsberechtigung und Anspruch auf Alternativunterkünfte verlieren.

Dazu kommt es allerdings in der Regel nicht. Die „Wohnungskommissionen“ in den Gemeinden und Städten, deren Existenz ebenfalls auf dem Rückkehrprogramm basiert, und deren Aufgabe es wäre, den Nutzern den Räumungsbescheid zuzustellen und im Falle der Nichtbeachtung beim örtlichen Gericht eine Räumungsklage einzureichen, sind häufig nicht aktiv oder nicht einmal vorhanden. Sie haben weder politischen noch gesetzlichen Rückhalt. In vielen der betroffenen Kommunen regieren noch nationalistische Hardliner, die in der unklaren Rechtslage jede

Menge Spielraum für Obstruktion finden. In den wenigen Fällen, wo Eigentümer sich direkt an die Gerichte wenden und gegen den vorübergehenden Nutzer klagen, werden diese Klagen meist mit der Begründung abgewiesen, dass die Eigentümer ihre Forderung nach Eigentumsrückgabe über den Verwaltungsweg, d.h. über die Wohnungskommissionen geltend machen müssen. Selbst in den vereinzelt Fällen, wo Gerichte zugunsten des Eigentümers entschieden haben, werden Zwangsräumungen gerne mit allen Mitteln hinausgezögert. In der Donauregion und Ostslawonien, die bis Januar 1998 unter UN-Verwaltung standen, funktioniert die Eigentumsrückgabe übrigens vergleichsweise gut. Die Eigentümer sind dort Kroaten und die Besetzer Serben.

Das zweite Haupthindernis für die Flüchtlingsrückkehr ist das beträchtliche Ausmaß der durch den Bürgerkrieg verursachten Zerstörung von Wohnraum. In manchen ehemals serbischen Dörfern, zum Beispiel im Hinterland der Küstenstadt Zadar oder in Teilen Westslawoniens, gibt es kaum ein einziges intaktes Haus. Viele dieser Häuser wurde nicht bei Kampfhandlungen zerstört, sondern in systematischen Aktionen, deren Ziel es war, sie unbewohnbar zu machen und damit die Rückkehr ihrer Bewohner zu erschweren.

Als einziger Staat in der Region hat Kroatien ein staatliches Wiederaufbauprogramm und ein Wiederaufbaugesetz, das Eigentümern, deren Häuser im Zusammenhang mit dem Krieg zerstört wurden, gleichberechtigten Zugang zu staatlicher Wiederaufbauhilfe gewähren soll. Während davon bereits an die 100.000 ethnische Kroaten profitierten, wurden bisher jedoch vergleichsweise wenige Anträge von Serben bewilligt. Neben Personalmangel bei den Behörden ist einer der Hauptgründe dafür der fehlende politische Wille. Wo eine Genehmigung für serbische Häuser erteilt wurde, haben in den meisten Fällen internationale Hilfsorganisationen den Wiederaufbau übernommen. Nachdem Ende Dezember des vergangenen Jahres die Antragsfrist auslief, liegen derzeit rund 40.000 Anträge bei den zuständigen Behörden. Bis sie abgearbeitet sind, können noch Jahre vergehen.

Ein weiteres Hindernis für eine Anzahl von Rückkehrwilligen besteht darin,

dass sie keine kroatische Staatsbürgerschaft haben, und diese nur durch eine langwierige Verwaltungsprozedur, die bis zu fünf Jahren dauern kann, bekommen können. Wenn der auf sechs Monate befristete Rückkehrerstatus ausläuft und es diesen Personen in der Zwischenzeit nicht gelungen ist, kroatische Dokumente zu bekommen, bekommen sie zwar eine Aufenthaltsgenehmigung als ausländische Staatsbürger, haben jedoch in dieser Zeit keinen Anspruch auf Sozialleistungen, keine Krankenversicherung und keine Arbeitserlaubnis.

Die Skala von Feindseligkeiten gegen serbische Rückkehrer beinhaltet ein weites Spektrum von häufig vorkommenden verbalen Einschüchterungen und Belästigungen bis zu tätlicher Gewalt. Obwohl letztere eher die Ausnahme ist, löst jeder Zwischenfall eine Schockwelle unter den Rückkehrwilligen aus. Immer wieder werden dann auch Vorwürfe laut, die Polizei würde in solchen Fällen nicht adäquat reagieren. Interessanterweise entstehen die größten Spannungen nicht zwischen Serben und einheimischen Kroaten, sondern in den Orten, wo es viele bosnisch-kroatische Siedler gibt, die die Rückkehr der serbischen Eigentümer in die von ihnen besetzten Häuser verhindern wollen, wodurch erneut die grundlegende Bedeutung der Wohnraumproblematik deutlich wird.

Kroatien steht unter dauerndem Druck der internationalen Gemeinschaft, die erwähnten Probleme zu beseitigen, und dies ist letztlich sicherlich nur eine Frage der Zeit. Doch der Faktor Zeit spielt auch denen in die Hände, die die Rückkehr von Angehörigen der serbischen Minderheit verhindern wollen. Denn je länger es dauert, bis die Hindernisse für die Minderheitenrückkehr nach Kroatien beseitigt werden, desto unwahrscheinlicher wird es, dass eine große Anzahl sich zur Rückkehr entschließt. In der Zwischenzeit werden sie anderswo versuchen, Perspektiven für die Zukunft zu finden, die sie in Kroatien, wo sie immer noch als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, nicht sehen.

Eva-Katharina Zieschank

OSZE-Mission Kroatien

Leiterin der Abteilung Flüchtlingsrückkehr und -integration

*Der Artikel gibt die persönliche Sicht der Autorin wider und bringt nicht die offizielle Position der OSZE zum Ausdruck.

Weiterführende Literatur:

Ludwig Steindorff, Kroatien, Regensburg 2001;

Joachim Eicher, Konfliktlösungsstrategien in multiethnischen Staaten: das Beispiel Kroatien, München 1998;

US Department of State. Bureau of Public Affairs, Croatia. Country Report on Human Rights Practices, 04.03.2002, (www.state.gov);

Boris Hajos et al., The future of the European Integration Process. The View of the Candidate Countries, ZEI Discussion Paper, C 107, 2002.

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Die regionalen Zentren für Europastudien in Südosteuropa machen mobil

Die Idee des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ des ZEI, zwei bis drei Regionale Zentren in Grenzregionen zu etablieren, gewinnt immer mehr an Bedeutung und findet guten Anklang überall in der Region. Das erste solche Zentrum, das „Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europa-Zentrum“ (BRIE) an der Donaubrücke zwischen der bulgarischen Stadt Rousse und der rumänischen Stadt Giurgiu, steht kurz vor der Eröffnung. Mit einem Festakt am 14. Oktober 2002 wird man in Anwesenheit der Ministerpräsidenten beider Länder in Rousse und in Giurgiu den Start für ein Bildungsprojekt in Südosteuropa geben, das bisher einzigartig ist. Künftig wird in Rousse Europastudien und in Giurgiu Wirtschaftsinformatik gelehrt. Je dreißig Studenten in beiden Städten, mit jeweils einem Drittel Studenten aus Bulgarien, aus Rumänien und aus ganz Südosteuropa werden versuchen, zusammen auf einem Campus auf English und Deutsch einen „Master of European Studies“ oder einen „Master of Business Administration“ zu erwerben.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) beteiligt sich von Anfang an, wie der *SOE-Monitor* bereits berichtete, an dem Konsortium deutscher Universitäten (zusammen mit der TU Chemnitz und der Viadrina in Frankfurt/Oder), um dem BRIE-Projekt und seinen lokalen Gründungsorganisationen - der Universität Rousse und der Akademie für Wirtschaftswissenschaften (ASE) Bukarest - beim Aufbau des Europastudienkurses tatkräftig Beistand zu leisten. Hauptförderer ist die deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Letzte Details wurden bei dem Treffen der Konsortialmitglieder in Rousse am 15./16. April 2002 geklärt.

Das ZEI wurde vom Netzwerkkoordinator Dr. Emil Mintchev vertreten.

Nach dem BRIE-Vorbild ist inzwischen ein weiteres Regionales Zentrum für Europastudien in Entstehung. In der Grenzregion Serbien, Rumänien und Ungarn ist in Subotica (Vojvodina) ein gemeinsames Projekt zwischen den Universitäten in Novi Sad (Serbien), West in Timisoara und Babes-Bolyai in Cluj-Napoca (Rumänien) und Szeged (Ungarn) auf dem Wege. Hier soll mit Unterstützung des DAAD ein Europastudiengang für Studenten aus den drei Ländern, aber auch aus der ganzen Region aufgebaut werden.

Vom 12. bis 14. April 2002 versammelten sich in Subotica Vertreter dieser Universitäten zusammen mit ihren westeuropäischen Partnern, der Universität Münster, der Universität Nottingham (Großbritannien) und dem ZEI. Ein Curriculum für das viersemestrige Programm wurde in den Grundzügen angenommen und die Absicht bekräftigt, vom Wintersemester 2003 an den Europastudiengang für Postgraduierte in Subotica anzubieten. Als Koordinator des Projektes fungiert Prof. Dr. Rheinhardt Meyers (Universität Münster), der auch die Arbeitsgruppe „*Institution Building*“ des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa leitet. Das Netzwerk und das ZEI wurden von Dr. Emil Mintchev vertreten.

Ein weiteres Regionales Zentrum für Europastudien in Südosteuropa befindet sich am Ende der Konzipierungsphase. Die Universität von Montenegro in Podgorica wird im Januar 2003 einen neuen Studiengang „MA for European and Southeast European Studies“ starten, der auch für Studenten

aus dem benachbarten Albanien und aus der ganzen Region zugänglich sein soll. Dr. Rafael Biermann vom ZEI trägt hier in Curriculumentwicklung, Beratung und bei Förderanträgen zentrale Verantwortung. In einem ersten Schritt des institutionellen Aufbaus organisiert das ZEI derzeit mit Mitteln der HRK die Entstehung einer Bibliothek für Europastudien in Podgorica.

Um die Europastudien attraktiv unter den einheimischen Dozenten zu machen und den Dozenten aus den Universitäten der Netzwerkpartner bei der Vorbereitung ihrer Vorlesungen zu helfen, werden das ZEI und die Universität Montenegro in Kotor vom 12. bis 18. Mai 2002 ein „*Train the Trainers*“-Seminar für Dozenten aus der ganzen Region durchführen. Die wissenschaftliche Leitung hat Dr. Emil Mintchev.

Dieses Seminar baut auf der Arbeit der Curriculum-Arbeitsgruppe des Netzwerkes und speziell auf dem inzwischen publizierten „*Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe*“ auf (erhältlich auf der Homepage des ZEI: www.zei.de). Es geht nun um die Implementierung dieses Mustercurriculums und um die Weiterqualifizierung der Dozenten der Region. Das Seminar in Kotor ist deshalb das erste in einer Reihe von Seminaren unter dem Motto „*Train the Trainers*“, die sich jeweils an den Kursbeschreibungen des Kern-Curriculums orientieren. Das Seminar in Kotor wird vom DAAD finanziell unterstützt. Weitere Seminare werden folgen; das nächste, wohl noch im Herbst, in Rousse.

Dr. Emil Mintchev

Kosovo: eine Innenansicht



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI
 Koordinator: Dr. Rafael Biermann
 Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev
 Dr. Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG
 CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES
 RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
 Walter-Flex-Str. 3
 D-53113 Bonn
 Fax: 0228 / 731894
 e-mail:
soe.monitor@uni-bonn.de